

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmuth G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846 pbbn d

## Inhalt

Willy Brandt MdB, SPD-Vorsitzender, würdigt die Wahl Georg Kronawitters zum Oberbürgermeister von München als großartigen persönlichen Erfolg. Seite 1

Professor Johano Strasser, Mitglied der Grundwertekommission beim SPD-Vorstand, über den VS-Kongreß in Saarbrücken: Die Krise wurde nicht beigelegt. Seite 3

Klaus Daubertshäuser MdB wirft der Regierung vor, die Verkehrssicherheit zu vernachlässigen. Seite 4

Dieter Schinzel MdEP analysiert die Friedensmöglichkeiten für den Nahen Osten. Seite 5

Josef Vosen MdB erinnert die Bundesregierung daran, daß der Bericht Global 2000 ein breites Feld für Aktivitäten bietet. Seite 7

39. Jahrgang / 65

2. April 1984

Kräftige Ermutigung in Bayern

-----  
Stichwahlen in Bayern: Ein Signal für die ganze Republik

Von Willy Brandt MdB  
Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die Münchner Wählerinnen und Wähler haben mit ihrem starken Votum für Georg Kronawitter ein Signal gegeben, das für Süddeutschland und für die ganze Bundesrepublik große Bedeutung hat.

Dies ist zunächst einmal ein großartiger persönlicher Erfolg Georg Kronawitters, dem ich dafür im Namen der ganzen SPD einen herzlichen Glückwunsch sage.

Zugleich haben, wie schon im Wahlkampf deutlich geworden ist, viele Wählerinnen und Wähler die Gelegenheit genutzt, mit ihrem Stimmzettel der Bonner Wende-Regierung und ihren bayerischen Auslegern einen Denkkzettel zu verpassen: für ihre familienfeindliche Politik und ihre sozialpolitischen Ungerechtigkeiten. Ganz offensichtlich ist es den Konservativen in Bonn und München nicht gelungen, die Gewerkschaften zu Sündenböcken der wirt-



schaftlichen Krise zu stempeln! In diesem Zusammenhang darf daran erinnert werden, daß wenige Tage vor der Wahl auch der CDU-Generalsekretär Geißler nach München geeilt war, um gemeinsam mit der CSU-Prominenz gegen die Sozialdemokraten zu agitieren.

Das überragende Münchner Ergebnis steht nicht allein. Bei den gestrigen Stichwahlen haben sozialdemokratische Kandidaten in einer Reihe weiterer Städte - in Landau und in Haar, in Ochsenfurt, Neusäss, Moosburg und Unterföhring - stolze Erfolge errungen.

Auch konstanter gesellschaftlicher Druck hat - wie sich zeigt - die politische Einfarbigkeit in Bayern nicht erhalten können: Künftig werden in der überwiegenden Zahl bayerischer Städte mit über 10.000 Einwohnern Sozialdemokraten die kommunalen Geschicke maßgeblich prägen.

Die bayerischen Kommunalwahlen zeigen, daß wir auf dem richtigen Weg sind, wenn wir im unmittelbaren Umfeld der Menschen ansetzen, um neue Kraft zu schöpfen und unsere Positionen von den Städten und Gemeinden her und über die Länder wieder aufzubauen. Die gestrigen Erfolge sind deshalb weit über die Landesgrenzen hinaus eine kräftige Ermutigung - für die OB-Wahl in Heidelberg Anfang Mai, für die Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz und an der Saar, die am 17. Juni zusammen mit der Europawahl stattfinden, und dann für die nordrhein-westfälischen Kommunalwahlen im September, denen vor den wichtigen Entscheidungen des nächsten Jahres - zur Halbzeit der gegenwärtigen Bundesregierung - eine ganz besondere Bedeutung zukommen wird.

(-/2.4.1984/ks/va)

+ + +



### Die VS-Krise wurde nicht beigelegt

---

Auseinandersetzung um unser Selbstverständnis wird weitergehen

Von Professor Johano Strasser

Mitglied der Grundwertekommission beim SPD-Vorstand

Auf dem VS-Kongreß in Saarbrücken haben sich die Kritiker des alten VS-Vorstandes in der Sache durchgesetzt. Mit Mehrheit wurde die Forderung nach der "Wiederzulassung des verbotenen polnischen Schriftstellerverbandes" beschlossen und damit jenes verhängnisvolle Telegramm des alten Vorstandes an General Jaruzelski korrigiert, das durch seine Zweideutigkeit den Machthabern in Polen in die Hände spielte. Nicht durchgesetzt haben sich die Kritiker bei der Wahl des Vorstandes. Zwar ist es ein Gewinn, daß mit Erich Loest nicht nur ein profiliertes Schriftsteller zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt wurde, sondern auch einer jener Schriftstellerkollegen, die in den letzten Jahren in so großer Zahl die DDR verlassen mußte, und den gegenüber der alte Vorstand es allzuoft an Solidarität fehlen ließ. Aber die Wahl Peter Bleuels zum Ersten Vorsitzenden des Verbandes läßt es fraglich erscheinen, ob Saarbrücken tatsächlich ein Neuanfang war.

Ingeborg Drewitz, eine namhafte Autorin und Befürworterin eines integrativen Kurses, wurde, nachdem sie zunächst von den Landesverbänden als Kandidatin nominiert worden war, die in der VS-Kontroverse auf Seiten Engelmanns standen, von diesen fallengelassen, als sich herausstellte, daß sie in der Frage der Solidarität mit den polnischen Schriftstellerkollegen auf der Seite der Engelmann-Kritiker stand.

Die Krise des VS ist mit dem Saarbrücker Kongreß nicht beigelegt worden. Die innerverbandliche Auseinandersetzung über Grundfragen des schriftstellerischen und gewerkschaftlichen Selbstverständnisses wird weitergehen. Sie wird weitergehen müssen, weil ohne Klarheit in den Fragen der Meinungs- und Publikationsfreiheit und der Solidarität mit bedrängten Schriftstellerkollegen in Ost und West ein Schriftstellerverband auf Dauer nicht bestehen kann.

(-/2.4.1984/bgy/va)

+ + +



**Verkehrssicherheit - bei Dollinger in schlechten Händen**

Die Bundesregierung tut zu wenig gegen den "Krieg auf den Straßen"

Von Klaus Daubertshäuser MdB

Verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Im vorigen Jahr starben in der Bundesrepublik wieder mehr Menschen nach Verkehrsunfällen als in den Jahren davor. Die Unfälle mit Personenschäden im Bundesgebiet sind 1983 nach ADAC-Berechnungen um 3,1 Prozent von 358.693 auf 370.000 angestiegen. Im gleichen Zeitraum wuchs die Zahl der Verkehrstoten um 3,4 Prozent von 11.608 auf 12.000.

Der Deutsche Bundestag hat am 15. Dezember 1982, in einer einstimmig verabschiedeten Entschließung, die Bundesregierung aufgefordert, ein umfassendes Verkehrssicherheitskonzept auf der Grundlage der seit Vorlage des Verkehrssicherheitsprogrammes von 1973 gewonnenen Erfahrungen und Erkenntnisse vorzulegen.

Dies ist ein klar formulierter Auftrag. Also: erstens eine schonungslose Analyse um dann darauf aufbauend, zweitens ein neues umfassendes Verkehrssicherheitskonzept vorzuschlagen.

Nachdem nunmehr die ersten Einzelmaßnahmen des geplanten Verkehrssicherheitsprogrammes der Bundesregierung an die Öffentlichkeit gekommen sind, muß man zuerst fragen: Wird die Bundesregierung dem klaren, präzisen Parlamentsauftrag vom 15. Dezember 1982 überhaupt gerecht?

Nur mit den bisher bekanntgewordenen Maßnahmen wie zum Beispiel Sturzheimpflicht für Mofafahrer, Neuregelung für Führerscheinbewerber, Einführung eines modifizierten Stufenführerscheins und Gurtanlegepflicht auch auf Autorücksitzen, wird die Bundesregierung mit Sicherheit dem Parlamentsauftrag nicht gerecht. Diese Maßnahmen alleine wären bei weitem nicht ausreichend! Neben dem Entschließungsantrag des Deutschen Bundestages werden wir eine weitere Meßlatte anlegen. Wir werden nämlich weiter fragen: Macht sich die Bundesregierung die gesellschaftspolitische Zielsetzung der Höckerl-Kommission zu eigen?

Unser Verkehrssicherheitskonzept trägt dieser gesellschaftspolitischen Zielsetzung Rechnung. Wir streben die Halbierung der Zahl der Toten und Verletzten und damit Halbierung des menschlichen Leids in den nächsten zehn Jahren an. Dies ist ein anspruchsvolles Ziel. Bei konsequenter Ausrichtung der Verkehrspolitik und Konzentration aller Anstrengungen ist es jedoch erreichbar. Voraussetzung dafür ist ein stufenweise realisierbares Programm, das auf

- baulich technische Maßnahmen
- ordnungspolitischen Maßnahmen
- aufklärende und andere flankierende Maßnahmen aufgebaut ist.

Es bedeutet: Nicht effekthaschende Prestigemaßnahmen mit örtlich und zeitlich sehr begrenztem Erfolg sind gefragt. Denn Verkehrssicherheit ist kein einmalig zu lösendes Problem. Vielmehr stellt die Erhöhung der Verkehrssicherheit eine bleibende Aufgabe für Bund, Länder und Gemeinden dar. Wer glaubt, ausschließlich mit einem populistischen Blick auf die "Volksseele" den Krieg auf unseren Straßen beenden zu können, der ist auf dem Holzwege!

(- / 2.4.1984 / ks/va)

+ + +



**Der Nahe Osten braucht Frieden und Sicherheit**

---

**Der Schlüssel liegt bei den USA und Israel, aber auch Europa trägt Verantwortung**

Von Dieter Schinzel MdEP

Die amerikanisch-israelische Nahostpolitik hat zu verheerenden Ergebnissen geführt. Die unter dem heuchlerischen Kernwort "Frieden für Galiläa" durchgeführte Libanon-Invasion der Israelis hat Zigtausenden Elend und Tod gebracht; vor allen Dingen arabischen Zivilisten.

Der Libanon hat sich in ein Inferno verwandelt. Die Europäische Gemeinschaft trägt auch ein gewisses Maß Schuld daran. Die politische Landkarte des Nahen Ostens ist eine Hinterlassenschaft der Kolonialmächte des alten Kontinents und Ausdruck des schlechten Gewissens Europas. Daß mit dem Aufbau des jüdischen Staates neues Unrecht geschaffen wurde, nämlich die anhaltende Vertreibung und Unterdrückung der arabischen Palästinenser, fällt auch in den europäischen Verantwortungsbereich. Die Europäische Gemeinschaft war viele Jahre unfähig, ihrer eigenen Verantwortung und Betroffenheit gemäß, Stellung zum Nahost-Problem zu beziehen und ordnete sich amerikanischen und israelischen Machtinteressen unter.

Lediglich in der 1980 beschlossenen Erklärung von Venedig sprechen sich die Europäer einerseits für das Existenzrecht und die Sicherheit Israels und aller anderen Staaten der Region aus und andererseits auch für die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Palästinenser im Rahmen einer umfassenden Friedensregelung.

Nach Venedig hat die Europäische Gemeinschaft allerdings total versagt. Das in Venedig Gesagte bleibt eine Schubladenerklärung ohne Konsequenzen. Initiativen der Europäischen Gemeinschaft und Einflußnahme auf die USA und Israel blieben aus. Auch diese europäische Untätigkeit hat die israelische Libanon-Invasion mit ermöglicht. Es ist höchste Zeit, daß die Europäische Gemeinschaft politisch aufwacht und der Erklärung von Venedig praktische Taten folgen läßt. Solange die USA und Israel lediglich versuchen, der arabischen Welt eine Lösung aufzuzwingen, die die Herrschaft und Kontrolle Israels über diese Region und die strategischen Interessen der USA sichert, wird es keine Ruhe und keinen Frieden im Nahen Osten geben.

Die arabische Seite und die PLO haben viele Zeichen zur Verhandlungsbereitschaft gegeben und einen gemeinsamen Plan vorgelegt; ein entsprechender israelischer Schritt ist zwar längst überfällig, aber nicht in Sicht.

Arafat, der allen Schwierigkeiten zum Trotz der politische Repräsentant der Palästinenser bleibt, hat oft genug betont, daß ausgehend vom Fez-Plan der arabischen Liga auch der Reagan-Plan Elemente enthält, die geeignet sind, Verhandlungen zu ermöglichen. An solchen Verhandlungen hat Israel bisher kein Interesse gehabt. Der angebliche Druck der Amerikaner stellte sich oft genug nur als Theater für die Weltöffentlichkeit heraus. Ein ernsthafter Versuch, eine dauerhafte Friedensregelung zu schaffen, muß die unterschiedlichen Interessen der gesamten Region berücksichtigen. Syrien, der Libanon und die PLO gehören ebenso an den Verhandlungstisch wie Israel, die USA und die UdSSR, die, auch wenn sie nicht unmittelbar beteiligt wird, doch unsichtbar am Verhandlungstisch immer mit dabei ist.



Die Aufkündigung des unrealistischen libanesisch-israelischen Abkommens war unvermeidlich. Die israelische Armee muß sich aus dem Südlibanon zurückziehen - UNO-Friedenstruppen sind bis auf weiteres in einer Pufferzone zwischen beiden Staaten zu stationieren. Israel beendet die Siedlungspolitik, die Unterdrückung und die Vertreibung der in der Westbank und dem Gaza-Streifen lebenden Palästinenser. Über die Bildung einer Konföderation mit Jordanien soll das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser verwirklicht werden.

Die in einer Friedensregelung festgestellten Grenzen zwischen den Staaten im Nahen Osten werden international garantiert. Die beteiligten Staaten bekennen sich zur Gewaltfreiheit. Es wird ein international finanzierter Nahost-Entwicklungsplan ("Marshallplan") erarbeitet für alle vom Nahostkonflikt betroffenen Regionen. Erst ein solcher Plan gibt den dort lebenden, seit Jahrzehnten gequälten Menschen die Hoffnung auf eine Zukunft für sich und ihre Kinder und ist damit eine wesentliche Voraussetzung für eine weitere friedliche Entwicklung im Nahen Osten.

Ein Frieden im Nahen Osten ist nicht mit Waffen zu erzwingen. Der Schlüssel für einen Frieden im Nahen Osten lag schon immer bei den USA und Israel. Er kann Wirklichkeit werden, wenn vor allen Dingen auch verantwortliche Politiker dieser beiden Staaten humanistische Wertvorstellungen nicht nur im Munde führen, sondern entschlossen in praktische Politik umsetzen.

Jerusalem als die heilige Stadt der drei großen Religionen könnte als eine entmilitarisierte und internationale Stadt unter paritätischer Verwaltung zum Symbol für einen Frieden im Nahen Osten werden. (-/2.4.1984/ks/el)

+ + +



Global 2000 darf nicht in Vergessenheit geraten

Der Bundesregierung stellt sich ein breites Feld für Handlungen und Anregungen

Von Josef Vosen MdB

Mitglied im Bundestagsausschuß für Forschung und Technologie

Der Bundestag und auch die Bundesregierung sind gut beraten, den Bericht "Global 2000" nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Die durch diesen Bericht aufgezeigte Problemlage hat sich nicht zum Positiven hin gewandelt, ganz im Gegenteil:

- Gefahr klimatischer Veränderungen durch zunehmendes Abholzen tropischer Regenwälder und steigende Kohlendioxid-Konzentration in der Atmosphäre;
- Vergrößerung internationaler Konfliktpotentiale durch Wasserknappheit sowie Gefährdung der Wasserqualität durch Eintrag schädlicher Agentien in das Grundwasser;
- langfristige Schäden an Ackerböden durch Monokulturen, Erosion, Versalzung und übermäßigen Gebrauch von Chemikalien mit der Folge einer Verschlechterung der Ernährungsgrundlagen einer steigenden Weltbevölkerung;
- Destabilisierung großer und artenreicher Ökosysteme wie Wälder und Meere mit der Gefahr des Aussterbens vieler Arten,
- innen- sowie außenpolitische Gefahren durch Verteilungskonflikte (Arbeitslosigkeit, restriktiver Welthandel, internationale Verschuldung).

Akuter politischer Handlungsbedarf auf allen diesen Gebieten wurde sowohl im ersten Bericht (der alten) wie auch im zweiten Bericht (der neuen) Bundesregierung zu "Global 2000" nicht verneint. Leider neigen beide Berichte eher zu Rechtfertigungen vergangener Handlungen beziehungsweise Unterlassungen als zu einem konsistenten Rahmenkatalog zukünftiger Maßnahmen mit dem Ziel, die erkannten Gefahren zu bannen.

Der Hinweis auf mangelhafte oder veraltete Daten oder auf unzureichende - wichtige Zusammenhänge vernachlässigende - Modelle, müßte doch eher als Anlaß dienen, bessere Daten zu erfassen, zu sammeln und auszuwerten sowie bessere Modelle zu entwerfen, als den Gebrauch formaler Methoden skeptisch zu beurteilen. Ferner ist es wenig hilfreich, die Gesamtproblematik in zahlreiche ressortspezifische Teilaspekte auseinander zu sortieren, weil damit möglicherweise wichtige Zusammenhänge ausgeklammert werden.

Gewiß gibt es abgrenzbare Bereiche wie zum Beispiel den der Waldschäden und den der Klimabeeinflußung durch antropogene Aktivitäten, die durch ein akutes Kenntnisdefizit gekennzeichnet sind. Wenn schon hier ein multidisziplinärer Ansatz nötig ist, um die Zusammenhänge zu klären, um wieviel mehr dann bei der systematischen Zusammenschau der miteinander wechselwirkenden Teilbereiche Bildung, Ernährung, Energie, Wirtschaft und Umwelt. Vielleicht liegt hier die größte Herausforderung der Zukunft an eine arbeitsteilige Gesellschaft mit ihrer in Spezialdisziplinen zerfallenen Wissenschaftsorganisation. Solange es in dieser Hinsicht an Erkenntnis mangelt, bleibt politisches Handeln der Gefahr ausgesetzt, zumindest teilweise nur meinungsorientiertes Probieren/Lavieren zu sein.

Meiner Ansicht nach sollte die Bundesregierung:

- einen Katalog derjenigen Problemfelder aufstellen, die ein besonders großes Kenntnisdefizit aufweisen;



- Anregungen an bestehende wissenschaftliche Institutionen geben, mehr multidisziplinäre Arbeitsgruppen einzurichten, um sich mit der Erforschung von komplexen Zusammenhängen von globalem und universalem Charakter zu befassen. Als Beispiele sind das Internationale Institut für Angewandte Systemanalyse in Laxenburg (IIASA) sowie das Internationale Institut für Vergleichende Gesellschaftsforschung/Globale Entwicklungen (IIVG/GE) im Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) zu nennen;
- durch Ausschreibung von entsprechenden Forschungsprojekten dafür sorgen, daß sich mehr Wissenschaftlerteams zusammenfinden und als Ansprechpartner der Regierung qualifizieren. Dabei gilt es auch, laufend global relevante Daten zu sammeln, Studien auszuwerten und internationale Kontakte aufzubauen zu gleichartigen Gruppen in anderen Ländern;
- die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung beauftragen, ein Konzept zu erarbeiten, wie die Fähigkeit künftiger Generationen, Zusammenhänge in komplexen Systemen besser zu verstehen, erhöht werden kann trotz fortschreitender Spezialisierung;
- dafür Sorge tragen, daß Entwicklungshilfe prioritär der Ausbildung breiter Bevölkerungsschichten in Entwicklungsländern dient, um Hilfe zur Selbsthilfe im je eigenen Interesse überhaupt erst zu ermöglichen. Die Entwicklung angepaßter Technologien und geeigneter Landwirtschaftskonzepte könnte dann vor Ort unter realen Bedingungen erfolgen;
- in die Konflikt- und Friedensforschung den Aspekt der Umwelt- und Ressourcenkonflikte verstärkt einbringen sowie den Zusammenhang zwischen Rüstung und Entwicklung genauer untersuchen lassen;
- ihre Kontrollmöglichkeiten über die Aktivitäten multinationaler Unternehmen überdenken und gegebenenfalls durch internationale Regierungsabkommen verbessern;
- die in ihrem Bericht an mehreren Stellen ohne tiefere Begründung verwendete These überprüfen, erst müsse unsere Wirtschaft wieder expandieren, bevor unsere Entwicklungshilfe verstärkt werden könne;
- überlegen, wie durch Importbeschränkungen und Verwendung anderer Materialien tierische und biologische Arten und Rohstoffe in den Entwicklungsländern geschont werden können;
- prüfen lassen, ob ein Schuldenerlaß für Entwicklungsländer über den dadurch ausgelösten Abbau von Entwicklungshemmnissen und die Vermeidung dort innenpolitischer Konflikte uns selbst als exportorientiertem Industrieland nicht letztlich mehr nutzen als schaden würde;
- schließlich sollte die Bundesregierung von nun an jährlich einen Bericht über Erfolge und Mißerfolge hinsichtlich der in Global 2000 aufgezeigten Problempunkte und ihrer diesbezüglichen Aktionen vorlegen. (-/2.4.1984/ks/va)

+ + +

